

„Friede ist mehr als Sicherheit“

Interview mit Dr. Peter Rudolf, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Kompass: Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN aus dem Jahr 1998 titelte unter Kapitel XI überzeugt: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“. Was darf heute unter Friedenspolitik verstanden werden? Gibt es einen politiktuglichen Friedensbegriff, der es erlaubt, von Friedenspolitik zu sprechen, unabhängig vom Verweis im Grundgesetz, wo es heißt: „von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...“?

Dr. Rudolf: Der Begriff des Friedens wird ideengeschichtlich und auch politikwissenschaftlich durchaus unterschiedlich verstanden. So schließt das umfassende Friedensverständnis der jüdisch-christlichen Tradition die innergesellschaftliche Dimension und den Aspekt der Gerechtigkeit ein. Mit Beginn der Neuzeit verengte sich der Friedensbegriff auf die Abwesenheit von Krieg zwischen Staaten. In der Friedensforschung wurde mit der Unterscheidung zwischen „negativem“ und „positivem“ Frieden an die ältere Tradition angeknüpft, sofern positiver Frieden als Abwesenheit struktureller und nicht nur personaler Gewalt definiert wird. Auch das vom kürzlich verstorbenen deutschen Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel geprägte Verständnis von Frieden als „ein Prozessmuster des internationalen Systems, das gekennzeichnet ist durch abnehmende Gewalt und zunehmende Verteilungsgerechtigkeit“, erinnert an die im umfassenden Friedensbegriff enthaltene Dimension der Gerechtigkeit.

So gesehen fällt alles unter Friedenspolitik, was auf die Verringerung von Gewalt und die Zunahme von Gerech-

tigkeit zielt. Doch damit ist noch nicht gesagt, was konkret diesem Ziel dient, welches die geeigneten politischen Konzepte und wirkungsvollen Instrumente sind. Demokratie, Interdependenz und internationale Organisationen, das sind – nach dem, was sich einigermaßen verlässlich sagen lässt – Faktoren, die nicht nur einem negativen, sondern auch einem positiven Frieden förderlich sind.

Kompass: Wie verhält es sich in diesem Zusammenhang mit Sicherheit? Ist sie eine Voraussetzung für Frieden, oder darf man sich damit begnügen, wenn es für die Bürgerinnen und Bürger in einem Staat Sicherheit gibt?

Dr. Rudolf: Nun ist der Begriff der Sicherheit nicht weniger unscharf und weit als der des Friedens. Beides sind Begriffe, die gleichsam automatisch Zustimmung hervorrufen, aber im politischen Handeln vielfältig gebraucht, ja missbraucht werden können. Handelt es sich um Sicherheit vor äußeren Bedrohungen, um Sicherheit vor Gefährdungen im Inneren einer Gesellschaft oder um die Sicherheit vor Armut, Not und Gewalt im weiten Sinne der „human security“? Und wie kann äußere Sicherheit am besten gewährleistet werden – durch kollektive Sicherheitssysteme, die jedem Staat zum Beistand gegen jedwede Bedrohung verpflichten, oder um kollektive Bündnissysteme, die sich gegen spezifische äußere Bedrohungen richten?

Aber um den zweiten Aspekt der Frage aufzugreifen: Im Sinne einer Friedensethik wäre es sehr problematisch, sich auf die Sicherheit des eigenen Staates oder auch verbündeter Staaten zu beschränken, zumindest wenn die

Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Sicherheit die Sicherheit anderer Staaten oder Gesellschaften gefährden oder unterminieren. Ein stabiler Frieden jedenfalls wird sich so nicht erreichen lassen. Staaten sollten in ihrem eigenen Handeln sensibel dafür sein, nicht das zu verschärfen, was im wissenschaftlichen Jargon das Sicherheitsdilemma genannt wird: Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Sicherheit, sei es über Rüstung oder über Bündnisse, können die Sicherheit anderer Staaten verringern und so zu Macht- und Rüstungskonkurrenzen führen.

Kompass: Es ist nicht auszuschließen, dass, beispielsweise um des Friedens willen, Gewalt mit militärischen Mitteln angewendet werden muss. Schließen sich Gewalt und Friede aus? Oder anders gefragt: Ist gewaltfreie Friedenspolitik vertretbar und machbar?

Dr. Rudolf: Nun, das ist eine normative Frage, auf die es sehr unterschiedliche Antworten gibt. Wer jedoch kein prinzipieller Pazifist ist, der wird nicht umhin kommen, Situationen für möglich zu halten, in denen der Einsatz von Gewalt als äußerstes Mittel und als kleineres Übel auch friedensethisch vertretbar, ja gefordert ist. So hätte sich der Völkermord in Ruanda vor über zwanzig Jahren durch einen begrenzten Einsatz militärischer Gewalt zwar nicht gänzlich verhindern, aber doch in seinen Ausmaßen eingrenzen lassen, so dass Hunderttausende vor der Ermordung hätten gerettet werden können.

Auch viele Friedensoperationen der Vereinten Nationen, die der Eindämmung oder dem Wiederaufflammen von Bürgerkriegen oder massenhafter Gewalt dienen, kommen ohne die Androhung



oder den begrenzten Einsatz von Gewalt nicht aus. Nutzen und Wirkung von solchen mitunter robusten VN-Friedensmissionen, die auch den Schutz der Zivilbevölkerung zum Ziel haben, werden häufig unterschätzt. Insofern würde ich sagen, dass eine Friedenspolitik nicht gänzlich ohne den Einsatz oder die Androhung auch militärischer Zwangsmittel auskommt. Eine andere Frage, die in Zukunft – leider, muss man sagen – wieder stärker diskutiert werden dürfte, ist, ob und in welchem Maße Abschreckung zumindest einen prekären zwischenstaatlichen Frieden im Sinne der Abwesenheit eines Krieges sichern kann. Wer sich an die Diskussionen während der Zeit der Ost-West-Konfrontation erinnert, weiß, wovon ich spreche.

Kompass: Abschließende Frage mit Blick auf die aktuelle sicherheitspolitische Situation: Auf dem NATO-Gipfel in Warschau wurde 2016 festgelegt, die Präsenz im Osten zu verstärken. Künftig wird die NATO vier Bataillone bei ihren östlichen Alliierten stationieren, im Baltikum und in Polen. Deutschland wird die Verantwortung für ein solches Bataillon in Litauen übernehmen, die USA in Polen, Kanada in Lettland und Großbritannien in Estland. Geht es derzeit aufgrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage im Denken und Handeln zurück zur kollektiven Landes- und Bündnisverteidigung, die die Zeit des Kalten Krieges bestimmte?

Dr. Rudolf: Die Territorialverteidigung spielt seit 2014 sicher wieder eine größere Rolle im sicherheitspolitischen Denken. Das gilt insbesondere für die östlichen Mitgliedsstaaten der NATO – und damit auch für die Allianz als Ganzes. Was sich damit abzeichnet,

„Auch viele Friedensoperationen der Vereinten Nationen, die der Eindämmung oder dem Wiederaufflammen von Bürgerkriegen oder massenhafter Gewalt dienen, kommen ohne die Androhung oder den begrenzten Einsatz von Gewalt nicht aus.“

ist die Wiederkehr der alten Probleme und Dilemmata der Abschreckung. Das heutige Russland hat zwar nicht die Fähigkeit zu raumgreifenden Offensiven in den westlichen Teilen Europas, wohl aber dazu, in den baltischen Staaten und in Teilen Polens schnelle territoriale Gewinne zu erzielen. Der Abschreckungseffekt der verstärkten NATO-Präsenz in diesen Staaten soll offenbar darin liegen, dass jede militärische Aggression gegen eines dieser Länder sofort die Allianz involvieren würde, mit all den damit verbundenen Weiterungen bis hin zur Möglichkeit einer nuklearen Eskalation. Doch die Stärkung der konventionellen Abschreckung, wenn denn dieser Weg weiter beschritten wird, könnte eine Rüstungsdynamik in Gang

setzen, die wechselseitig das Sicherheitsdilemma verschärft.

Im Übrigen wäre die Stärkung der konventionellen Abschreckung keine wirkliche Antwort auf eine Art der Bedrohung, die selbst aus der Sicht der baltischen Staaten die eigentliche ist: die Verwundbarkeit gegen einer Vorgehensweise, die unter dem etwas schillernden Begriff der „hybriden“ Kriegsführung diskutiert wird. Mit Abschreckung mag sich die Bedrohungswahrnehmung potenziell verwundbarer NATO-Mitglieder mindern lassen, doch verlässliche Sicherheit, gar eine stabile Friedensordnung in Europa wird sich so nicht schaffen lassen.

Die Fragen stellt Josef König.